

Kolloquium 2011

„Wert regiert die Welt?“

Thesenpapier

Arbeitsgruppe 5: Lobbies, Korporationen, NGOs

Gruppenpräsident: Prof. Dr. jur. Christine Kaufmann

Sekretär: Dr.oec.publ. Jürg de Spindler

Ausgangslage

Die laufende wissenschaftliche Diskussion über die Rolle von Lobbies, Korporationen und NGOs zur „Regierung der Welt“ ist stark geprägt von zwei Ausgangshypothesen:

- Eine Verschiebung von Macht und Einflussmöglichkeiten vom Staat hin zu nichtstaatlichen (neuen) Akteuren (Politik- und Rechtswissenschaft).
- Die Identifikation von fünf massgeblichen institutionellen Akteuren für die Koordination von Wirtschaft und Gesellschaft: Markt, Firmenhierarchie, Netzwerk, Verband und Staat (politische Ökonomie).

1. In einer „neumittelalterlichen Welt“ sind NGOs und Unternehmen nicht mehr Gehilfe und Lückenfüller, sondern Steuermann staatlicher Politik (Parag Khanna)

Globalisierung und das Auftreten neuer komplexer, grenzüberschreitender Phänomene führen zu einer Schwächung der Staatsgewalt auf der einen und zum Erstarren neuer Akteure wie NGOs, multinationale Unternehmen, Lobbies und Verbände. Wie im Mittelalter zerfällt die zentrale staatliche Macht, private Akteure übernehmen zunehmend gesellschaftliche Basisdienstleistungen, die früher vom Staat wahrgenommen wurden: z.B. Nahrungsmittel, Elektrizität. Im besten Fall bleibt dem Staat eine „hybride Souveränität“ über Verarbeitungsketten (supply chains), Wirtschaftszonen und Wiederaufbauprojekte. NGOs sind der massgebende Treiber („Steuermann“) staatlicher Politik.

- 2. Vom Bürger zum Kunden, vom Volk zu Experten: Politisch legitimierte Machtausübung wird zunehmend durch von nichtstaatlichen Akteuren generiertes Expertenwissen („Schleier des Expertenwissens“) ersetzt. Mit dem Abschied vom Bürger verliert das Volk seine Funktion als legitimierende Kraft im Staat, die Entscheidungsfindung wird Experten übertragen (Friedrich Kratochwil)**

Zunehmend komplexe Sachverhalte führen zu verstärkter Spezialisierung und Bildung von Expertengremien mit Vertretern aus NGOs, Unternehmen, Verbänden und Lobbyisten. An die Stelle des autonomen, selbstbestimmten Bürgers tritt der Kunde, dessen Bedürfnisse von Experten definiert werden. Verbunden damit ist die Hypothese, dass sich alle soziale Probleme technisch lösen lassen. An die Stelle staatlicher Institutionen und Gouvernanz treten professionelle Helfer („from peacekeepers to bookkeepers“).

- 3. In einem demokratischen Staat müssen nichtstaatliche Akteure als „Anlaufzonen politischer Willensbildung“ nach aussen vor hoheitlichen Interventionen geschützt werden. Im Innern sind sie vor Machtanballungen frei zu halten, um die politische und wirtschaftliche Chancengleichheit der Bürger zu gewährleisten (Jörg Paul Müller).**

Beispiele für das Spannungsfeld zwischen dem Schutz privater Akteure vor staatlicher Intervention und der Verhinderung negativer Auswirkungen auf die demokratische Willensbildung durch Machtansammlung sind etwa die (Nicht-)Regulierung elektronischer Medien oder die Parteienfinanzierung.

- 4. Bestrebungen zum Einbezug der Zivilgesellschaft begünstigen nicht-repräsentative „Experten und Enthusiasten“ (Anne Marie Slaughter).**

Nicht in die Regierungstätigkeit eingebundene Gruppierungen sind am stärksten an einer Teilnahme interessiert. Sie sind sowohl untereinander als auch mit staatlichen Organisationen national und international verflochten (Netzwerke), ohne dass diese Verbindungen oder die verfolgten Interessen offengelegt werden.

- 5. Die Zivilgesellschaft ist nicht mehr blosses Objekt der Regierungstätigkeit, sondern gleichzeitig auch Subjekt, indem nichtstaatliche Akteure die Politik mitgestalten und mittragen (Ole Jacob Sending/ Iver B. Neumann).**

Die aktuelle Rolle der Zivilgesellschaft beruht deshalb nicht auf dem oft zitierten Transfer von Macht vom Staat auf nichtstaatliche Akteure, sondern auf einem veränderten Regierungsverständnis. Demnach stehen die typischen Eigenschaften nichtstaatlicher Akteure – Autonomie, Expertenwissen und die Fähigkeit, politische Willensäußerungen zu kanalisieren – nicht im Gegensatz zu staatlicher Regierungstätigkeit, sondern werden zu deren wesentlichem Bestandteil. Thesen 1-3 gehen demnach von der falschen Hypothese eines Nullsummenspiels staatlicher Machtverschiebung aus.